

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 64
Lerchenfelder Straße 4
A-1082 Wien
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910
E-Mail: post@ma64.wien.gv.at
www.wien.at/ma64/

MA 64 - 4952/2011

Elektrizitätswirtschafts- und
-organisationsgesetz 2012;
Entwurf der Datenformat- und
Verbrauchsinformationsdarstellungs-
Verordnung 2012 (DAVID-VO 2012);
Stellungnahme

Wien, am 5.7.2012

Termin: 6.7.2012

Vorher zur Einsicht:
Herrn amtsführenden
Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt-
erneuerung:

Energie-Control Austria
david-vo@e-control.at

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnung wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Generell bezweifelt wird die Sinnhaftigkeit von zwei Möglichkeiten der elektronischen Verbrauchsinformation – einerseits über das beim Netzbetreiber in § 84 Abs. 1 El-WOG 2010 vorgesehene Webportal und andererseits durch die elektronische Verbrauchs- und Stromkosteninformation. Es kommt dabei zu einer zumindest Verdoppelung des Aufwandes und der Errichtungs- bzw. Betriebskosten, die letztlich der Verbraucher zu zahlen hat, wobei jedoch der Mehrwert für den Kunden nicht ersichtlich ist. Es stellt sich auch die Frage, wieviele Kunden zwei Portale mit annähernd demselben Inhalt nutzen werden. Da es zwischen dem Netzbetreiber und den Liefe-

ranten keine Absprachen betreffend der Darstellung der Daten geben darf, kann es außerdem zu Differenzen in der Darstellung und somit zu einer Verunsicherung der Kunden und vermehrten Rückfragen kommen.

Zu § 3 Z 4 lit. b:

Festzuhalten ist, dass das Aufbewahren von Tageswerten für sämtliche Zähler in Wien für drei Jahre eine sehr große Datenmenge verursacht. Neben der Aufbewahrung der Daten an sich, sind darüber hinaus für registrierte User diese Daten laufend auf dem Webportal zur Verfügung zu stellen und zu pflegen.

Um den dadurch entstehenden Aufwand zu verringern, könnten gewisse Inaktivitätszeiten eingefügt werden. Hat der Netzkunde beispielsweise ein halbes Jahr seine Verbrauchsdaten im Internet nicht abgerufen, kann der Netzbetreiber dessen Online-Status inaktiv setzen und müsste damit auch keine Verbrauchswerte online stellen. Meldet sich der Endverbraucher danach wieder an, können die Daten wieder aus dem System auf das Webportal gespielt werden. Damit könnte bei Endverbrauchern, die ihre Daten im Internet nur sehr sporadisch oder gar nur einmal abfragen, das „unnötige“ Zurverfügungstellen von umfangreichen Datenmengen vermieden werden.

Zu § 3 Z 4 lit. c:

Die Formulierung „individuelle Gestaltbarkeit der Daten“ ist wenig determiniert und bedarf zumindest in den Erläuternden Bemerkungen einer Klarstellung. Dazu ist noch anzumerken, dass gemessene Daten jedenfalls nicht individuell gestaltet werden können, allenfalls sind Aggregationen oder andere Rechenbeziehungen möglich.

Zu § 3 Z 4 lit. d:

Die Formulierung „auf Basis der allgemeinen sowie der individuell gestalteten Daten abgewandelten Kennzahlen“ ist unklar und bedarf einer näheren Konkretisierung.

Zu § 3 Z 4 lit. e:

Die Bereitstellung von „Vergleichsmöglichkeiten“ und „repräsentativen Vergleichswerten“ wird strikt abgelehnt. Um konkrete und repräsentative Vergleichswerte abbilden zu können, die dem einzelnen Kunden einen Nutzen bringen, wäre es erforderlich, über genaue Haushaltsdaten zu verfügen. Es ist dem Netzbetreiber nicht zumutbar, die Verantwortung für mangels umfassender Informationen nicht gesicherte Aussagen zu übernehmen. Die erhöhte, unpflegbare Datenmenge würde in weiterer

Folge zu einer Kostensteigerung führen, dem Kunden entstünde jedoch kein wirklicher Nutzen, da keine auf den konkreten Kunden abgestimmte und verlässliche Aussagen getroffen werden könnten.

Außerdem kann nicht sichergestellt werden, dass sämtliche Netzbetreiber dieselben Ansätze wählen.

Zu den Erläuterungen zu § 3:

Die in den Erläuterungen zu § 3 angesprochene Ersatzwertbildung ist abzulehnen und findet weder in der Verordnung selbst noch in einer entsprechenden gesetzlichen Regelung eine Grundlage.

Die Bildung von Ersatzwerten hätte zur Folge, dass täglich von jenen Zählern, die nicht ausgelesen werden konnten, Ersatzwerte für jede ¼ Stunde (sofern der Endverbraucher der Auslesung der Viertelstundenwerte zugestimmt hat) zu bilden sind, die nach erfolgreicher Auslesung wieder verworfen werden. Auf diese Weise entstünde somit eine Unmenge von Daten, deren Pflege einen enormen Mehraufwand verursachen würde.

Es wäre sinnvoller, im Internet eine entsprechende Störungsmeldung zu hinterlegen und die Daten sobald wie möglich – bzw. spätestens 24 Stunden nach erfolgter Störungsbehebung – nachzuführen.

Zu § 5 Abs 1:

Bei der Regelung des § 5 Abs. 1 wäre zu beachten, dass in § 84 Abs. 2 EIWOG 2010 die Möglichkeit des Kunden vorgesehen ist, der monatlichen Übermittlung der Messwerte an den Lieferanten zu widersprechen. Tritt dieser Fall ein, ist es dem Lieferanten nicht möglich seine Verpflichtung aus § 5 Abs. 1 zu erfüllen, da er über die entsprechenden Informationen nicht verfügt.

Klarzustellen wäre der Terminus „Stromkosteninformation“. Da der Netzbetreiber laut § 84 Abs. 2 EIWOG 2010 lediglich zur Übermittlung der monatlichen Messwerte verpflichtet ist, wird davon ausgegangen, dass allein eine Information über die Kosten der monatlichen Energielieferung und nicht die Übermittlung einer monatlichen Netzrechnung, die Netzkostendaten beinhalten müsste, gemeint sein kann. Eine Verpflichtung des Lieferanten bzw. in weiterer Folge dessen strafrechtliche Verantwortlichkeit an das Verhalten eines Dritten zu knüpfen, wäre unzulässig.

Zu überlegen wäre eine gänzliche Streichung des § 5 Abs. 1, zumal sein Inhalt ohnehin aus § 84 Abs. 2 EIWOG 2010 hervorgeht.

Zu § 5 Abs 2:

In § 5 wäre klarzustellen, dass – wie in § 84 Abs. 2 EIWOG 2010 vorgegeben – lediglich eine Wahlmöglichkeit des Kunden besteht, ob er die monatliche Verbrauchs- und Stromkosteninformation elektronisch oder in Papierform zur Verfügung gestellt haben möchte. Aus der derzeitigen Formulierung im Entwurfstext könnte herausgelesen werden, dass der Kunde beides in Anspruch nehmen kann. Dies würde jedoch dem Willen des Gesetzgebers widersprechen und somit die gesetzliche Ermächtigung überschreiten.

Zu § 6 Z 4:

Unklar ist der Terminus „diskriminierungsfrei“, zumal die Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung laut EIWOG 2010 in erster Linie den Netzbetreiber trifft. Es wird daher angeregt die Formulierung in Z 4 näher zu determinieren oder überhaupt zu streichen.

Zu § 7:

Die Regelung des § 7 geht ohnehin aus § 84 Abs. 3 EIWOG 2010 hervor. Eine weitere diesbezügliche Regelung ist daher nicht erforderlich.

Generell zu beachten ist, dass durch den vorliegenden Verordnungsentwurf nicht die Grenzen des Datenschutzrechts überschritten werden. So wäre beispielsweise zu hinterfragen, ob nicht die Verarbeitung von Daten über den Energieverbrauch eines einheitlichen Objektes der Zustimmung sämtlicher Familienmitglieder bedarf.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte auch die Vorgabe des § 17 Abs. 4 EIWOG 2010 sowie die dazu ergangene Ausführungsbestimmung, die das Erfordernis einer ausdrücklichen Zustimmung zur Weitergabe der Daten an Dritte vorsehen. Ein Widerspruchsrecht kann einem ausdrücklichen Zustimmungsrecht nicht gleichgehalten werden.

Zu berücksichtigen ist auch das datenschutzrechtliche Grundprinzip auf Richtigstellung bzw. Löschung der Daten. Im vorliegenden Entwurf findet sich keine Regelung einschließlich einer Frist zur Löschung der Energieverbrauchsdaten.

Abschließend wird angemerkt, dass die Erlassung der Datenformat- und Verbrauchsinformationsdarstellungsverordnung 2012 durch den Vorstand der E-Control im Hinblick auf die höchstgerichtliche Judikatur im Zusammenhang mit der Erlassung von generellen Normen durch weisungsfrei gestellte ausgegliederte Rechtsträger verfassungsrechtlich bedenklich erscheint.

Referentin:
Mag.^a Pass
☎ 4000 - 89959

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:
Dr.ⁱⁿ Donner

Nachrichtlich an:

- 1.) MD-K;
- 2.) MD-E;
- 3.) MA 5;
- 4.) MA 20;
- 5.) MA 26
- 6.) Wien Energie GmbH;
- 7.) Wien Energie Stromnetz GmbH
- 8.) Verbindungsstelle der Bundesländer.